

El Salvador: Kampf ohne Ende?

Fast zeitgleich mit der Öffnung der Mauer in Berlin hat sich der Bürgerkrieg in El Salvador dramatisch zugespitzt. Am Samstag, dem 11. November, hat die FMLN, die salvadoreanische Guerillabewegung, ihre bisher größte militärische Offensive gestartet, die zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels anhält.

Die salvadoreanischen Sicherheitskräfte reagierten prompt. Die Schreckensmeldungen aus El Salvador reißen nicht ab: Massakrierung von 6 Jesuiten, einer Haushaltsgehilfin und ihrer Tochter; Bombardierung von Armutsvierteln, in denen sich Gruppen der FMLN verschanzt haben; Ausweisung praktisch aller Ausländer, die für Hilfsorganisationen arbeiten; Verabschiedung eines Antiterrorgesetzes, das die bürgerlichen Freiheitsrechte außer Kraft setzt; Gleichschaltung der Medien; täglich neue Meldungen über verschwundene und ermordete Oppositionelle.

Die Nacht der langen Messer, die viele für den Fall eines ARENA-Wahlsieges vorausgesagt hatten, hat in El Salvador wieder einmal begonnen.

Dabei hat noch vor einigen Wochen sehr wenig für eine solche Entwicklung gesprochen. Im Gegenteil, die Politik des im März mit einer geringen Wahlbeteiligung gewählten Präsidenten Cristiani war zunächst nur auf ökonomischem Gebiet radikal, d. h. neoliberal. Politisch blieben die in den letzten Jahren erkämpften bürgerlichen Freiheiten und Gewerkschaftsrechte nicht zuletzt aufgrund eines massiven äußeren Druckes zunächst weitgehend erhalten. In seiner Antrittsrede am 1. Juni bot Cristiani der Guerilla FMLN bedingungslose Verhandlungen über eine politische Lösung des bewaffneten Konfliktes an, ohne allerdings seine Vorstellungen von einem Kompromiß zu prä-

zisieren. Cristiani setzte sich damit zumindest verbal von den Hardlinern in seiner Regierung und in der Armee ab, die öffentlich für eine Verschärfung des Krieges und mehr Repression gegenüber der demokratischen Volksbewegung plädierten.

Die FMLN reagierte auf die Gesprächsbereitschaft von Cristiani mit einem weitreichenden Verhandlungsvorschlag, der die folgenden wesentlichen Punkte beinhaltete:

1. Reform des Justizsystems und exemplarische Eröffnung von Untersuchungsverfahren zur Ermittlung der Schuldigen in Fällen wie der Ermordung von Erzbischof Romero.
2. Beendigung der Repression.
3. Professionalisierung, Selbstreinigung und Reduzierung der Streitkräfte sowie Reduzierung und Zusammenlegung der berüchtigten Sicherheitskräfte (Nationalpolizei, Nationalgarde und Finanzpolizei) unter ziviler Leitung.
4. Beibehaltung der Reformen, insbesondere der Agrarreform.
5. Vorverlegung der für März 1991 angesetzten Parlaments- und Kommunalwahlen.
6. Ein ausgehandelter Waffenstillstand, der adäquate Überwachungs- und Kontrollmechanismen beinhaltet.
7. Umwandlung der Militärhilfe der USA in Wirtschaftshilfe.

Mit diesem Verhandlungsangebot, das inhaltlich an im Verlauf dieses Jahres vorgelegte Vorschläge anknüpfte, verzichtete die FMLN auf zwei Vorbedingungen für eine politische Lösung, die bisher ein entscheidendes Hindernis für eine Verhandlungslösung darstellten: Die Forderung nach Eingliederung der Guerillaverbände in die nationale Armee und die Forderung nach Bildung einer Übergangsregierung unter Beteiligung von der FMLN nahestehenden Personen, deren Aufgabe

die Vorbereitung freier Wahlen sein sollte.

Das Verhandlungsangebot, das kurz vor einer ersten zwischen der Regierung und der FMLN vereinbarten Gesprächsrunde Anfang September in Mexiko vorgelegt worden war, fand in El Salvador (und auch international) ein sehr positives Echo. Selbst aus dem Umfeld des Weißen Hauses waren erstmals vereinzelte Stimmen zu hören, die sich eine Verhandlungslösung vorstellen konnten. Die Verhandlungsrunde brachte zwar keine Ergebnisse, aber eine Festlegung, den Verhandlungsprozeß unter Beteiligung von Vermittlern und Zeugen im monatlichen Abstand fortzusetzen. Die Stimmung nach Mexiko war optimistisch.

Im Vorfeld der zweiten Gesprächsrunde in Costa Rica stiegen allerdings die Spannungen. Äußerungen von prominenten ARENA-Politikern und Armeekommandanten, daß mit der FMLN nur über die Modalitäten einer Niederlegung der Waffen verhandelt würde, Verhaftungen und Provokationen, wie die der FMLN zugeschobene, von ihr aber dementierte Ermordung der Tochter eines Militärs, waren typisch für eine Strategie, die Verhandlungen schon im Vorfeld zum Platzen zu bringen. Vor diesem Hintergrund trug die überraschende Entscheidung von Cristiani, 48 Kriegsversehrte der FMLN ausreisen zu lassen, nur etwas zur Entspannung bei.

Über den Verlauf der entscheidenden zweiten Verhandlungsrunde scheint noch nicht alles bekannt zu sein. Sicher ist, daß beide Seiten Vorschläge einbrachten, die für die Gegenseite jeweils völlig inakzeptabel waren. Zwar deutete die Regierung (oder Teile der Regierung) in einem nie veröffentlichten Papier Verhandlungsbereitschaft in einer Reihe Fragen an, die die FMLN thematisiert hatte. Als Voraussetzung für Verhandlungen bestand sie aber auf einen umfassenden Waffenstillstand und verlangte darüber hinaus ein Stillhalten aller sozialen und demokratischen Or-

ganisationen in Form eines Demonstrations- und Streikverzichts. Mit dieser „absurden Forderung“ (RübenZamora, Sprecher der legalen linken Opposition) konfrontiert, legte die FMLN im Vergleich zu den Gesprächen in Mexiko zu und forderte die Entmachtung der gesamten Tendencia, d. h. praktisch aller wichtigen Befehlshaber in der Armee als Voraussetzung für einen Waffenstillstand.

Angesichts dieser Ausgangspositionen konnte das Scheitern der Verhandlungen nur durch das unmittelbare Eingreifen des costaricanischen Präsidenten Arias verhindert werden. Er setzte durch, daß ein neuer Gesprächstermin für November in Venezuela vereinbart wurde.

Dazu sollte es nicht mehr kommen. Kurz nach Abschluß der Gespräche in San Jose explodierten Bomben vor den Häusern führender Linkspolitiker. Cristiani legte sich erstmals öffentlich gegen die wesentlichen Verhandlungsvorschläge der FMLN fest. Am 31. Oktober explodierte ein Sprengsatz in der Zentrale der Gewerkschaft FENASTRAS. 9 Personen, darunter die stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende, wurden getötet. Die FMLN sagt daraufhin die Verhandlungen in Venezuela ab und startete einige Tage später ihre bisher größte militärische Offensive.

Die FMLN demonstrierte dabei für fast alle Beobachter überraschende militärische Schlagkraft und Durchhaltevermögen. Die intensiven Kämpfe halten bis heute an. Trotzdem läßt sich feststellen, daß die Position von Armee und Regierung militärisch nicht gefährdet zu sein scheint. Die anfänglich aktive Unterstützung eines Teils der Bevölkerung in den Armenvierteln San Salvadors für die Guerrilla scheint, nachdem absehbar war, daß die Kämpfe andauern, wieder stärker dem Gefühl gewichen zu sein, im Bürgerkrieg zwischen beiden Seiten aufgerieben zu werden - so berichten es zumindest Reportagen aus den kurzfristig von

der FMLN besetzten Stadtvierteln der Hauptstadt.

Ob das Kalkül der FMLN aufgeht, die Gegenseite durch massive militärische Aktionen - die übrigens von einer langfristigen Vorbereitung zeugen - zu substantiellen Kompromissen am Verhandlungstisch zu zwingen, ist zur Zeit nicht absehbar.

In der FMLN-internen Diskussion über den weiter einzuschlagenden Weg dürften neben Überlegungen, welche Folgen eine militärische Offensive für die Zivilbevölkerung hat, auch die folgenden Argumente präsent gewesen sein:

- Massive militärische Aktionen in der Hauptstadt gefährden zwangsläufig den politischen Spielraum, der in den letzten Jahren erkämpft und erreicht worden ist: relativ weitgehende Presse- und Medienfreiheit, Aktionsmöglichkeiten für Linksparteien etc. Sie demontieren darüber hinaus den zerbrechlichen „politischen Schutz“ gegenüber den Todesschwadronen, deren Strukturen in den letzten Jahren nie auch nur ansatzweise angetastet wurden. Zwei Monate früher hätte die Ermordung von 6 Jesuiten durch Armeeangehörige unmittelbar eine massive Einschränkung der US-Militärhilfe für El Salvador zur Folge gehabt, jetzt hat es nur zu müden Protesten und einer Resolution von 100 Kongreßabgeordneten gereicht.

- Massive militärische Aktionen der FMLN kommen dem reaktionären Kern in Armee und Regierung insofern entgegen, als sie ihnen jetzt ermöglichen, den Krieg so zu führen, wie sie ihn immer führen wollten, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung (Bombardierung) bei gleichzeitiger brutaler Ausschaltung jeglicher Opposition. Auch hier gilt, daß der „politische Schutz“ gegenüber bestimmten Kriegsführungsoptionen gefallen ist. Hinzu kommt, daß Armee und herrschender Block bis jetzt keine Anzeichen von Differenzen und Spaltungstendenzen zeigen. Sie scheinen durch das Vorgehen der FMLN eher zusammengeschweißt zu

werden. Letzteres könnte sich vielleicht ändern, wenn die FMLN ihr jetziges Niveau militärischen Agierens über einen längeren Zeitraum durchhält.

- Entscheidend für die Durchsetzung einer politischen Lösung in El Salvador, die auf jeden Fall eine deutliche Zurückdrängung der reaktionärsten politischen Kräfte beinhalten muß, ist das Verhalten der USA. Bis jetzt spricht wenig dafür, daß Administration und Kongreß der USA durch ein verstärktes *militärisches* Agieren zu politischer Vernunft gebracht werden können. Im Gegenteil, die bisherigen Erfahrungen lassen befürchten, daß für die US-Öffentlichkeit in einer Situation, in der es aus ihrer Sicht um eine Entscheidungsschlacht zwischen „Freiheit und kommunistischem Machtanspruch“ geht, skrupulöse Menschenrechtserwägungen und differenzierte diplomatische Initiativen absolut zweitrangig werden. Ein Einsatz von US-Truppen ist für den Zeitpunkt zu erwarten, wo die salvadoreanische Armee die Situation nicht mehr unter „Kontrolle“ hat.

Die FMLN hat sich in Kenntnis dieser Risiken für die militärische Offensive entschieden. Diese Entscheidung ist vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrung mit einer der reaktionärsten Oligarchien der Welt nachvollziehbar, ob sie auch politisch klug war, bleibt fraglich.

Was uns in Westeuropa bleibt, ist das engagierte Eintreten für eine politische Lösung auch und gerade gegenüber den USA. Der Verhandlungsvorschlag der FMLN von September bietet dafür nach wie vor eine gute Grundlage. Nur die Politik kann der Gewalt in El Salvador ein Ende setzen.

Roger Peltzer